

BFG Eigentümer/-innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG

GESCHÄFTSORDNUNG DER GENERALVERSAMMLUNG

In der Fassung vom 20.1.2018

Einführung

Diese Geschäftsordnung regelt für alle Fälle, für die in der Satzung eine Entscheidungsfindung durch die Generalversammlung vorgesehen ist, die konkrete Umsetzung im Sinne unserer Vision.

Die Generalversammlung kann auf zwei Arten stattfinden als klassische Präsenz-Generalversammlung oder als Online-Generalversammlung auf einer Partizipationsplattform übers Internet.

TEIL I

Präsenz Generalversammlung

Das einberufende Organ kann beschließen, eine Generalversammlung (GV) in Form einer klassischen Versammlung mit festem Termin und Ort (genannt: GV-physisch) durchzuführen.

Sinngemäß basieren die Generalversammlungen auf dem Prinzip des „Systemischen Konsensierens“. Die Generalversammlung wählt dann jenen Vorschlag aus, der dem Konsent am nächsten kommt. Das ist jener Vorschlag, der in der GV die geringste Ablehnung, den geringsten Widerstand, und daher auch das geringste Konfliktpotenzial erzeugt. Klassische Mehrheitsentscheidungen erzeugen „Sieger*innen“ und „Verlierer*innen“, weshalb wir uns bewusst dazu entschieden haben, uns am „Systemischen Konsensieren“ zu orientieren.

Beteiligte und Rollen

Beteiligte an der Generalversammlung sind die Genossenschaftsmitglieder, die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie die*der Vorsitzende. Letztgenannte*r ernennt Schriftführer*innen, Protokollbeglaubiger*innen sowie Stimmzähler*innen und kann sich der Hilfe einer*eines von ihr*ihm ernannten Diskussions- und Abstimmungsleiter*in bedienen.

Durchführung

1. Einberufung der Generalversammlung

WANN

Ordentliche Generalversammlungen finden satzungsgemäß einmal im Jahr innerhalb von 6 Monaten nach Ende eines Geschäftsjahres statt. Außerordentliche Generalversammlungen können jederzeit nach Bedarf stattfinden.

WER

Die jeweils letzte Aufnahme von Genossenschaftler*innen durch den Vorstand erfolgt in der Woche vor Versand der Einladung. Ab diesem Zeitpunkt werden bis zum Abschluss der GV keine Genossenschaftsmitglieder aufgenommen. Nur alle bis dahin aufgenommenen Genossenschaftsmitglieder haben das Recht, an der GV teilzunehmen und werden eingeladen.

WIE

Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt satzungsgemäß durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat via E-Mail an alle Genossenschaftsmitglieder bzw. per Post an diejenigen Mitglieder ohne bekannte E-Mail-Adresse, sowie durch Aushang im Geschäftslokal am Sitz der Genossenschaft.

ANKÜNDIGUNG

Eine GV wird vom einberufenden Organ mindestens 6 Wochen vor dem Versammlungstermin mit allen geplanten Tagesordnungspunkten angekündigt („save the date“).

Diese Ankündigung enthält auch den Hinweis, dass jedes Mitglied die Möglichkeit hat, bis 2 Wochen vor Aussendung der Einladung Anfragen und Anträge einzubringen. Diese Punkte müssen satzungsgemäß schriftlich mit der erforderlichen Unterstützer*innen-Zahl beim einberufenden Organ eingebracht werden. Die notwendige Anzahl der Unterstützer*innen wird in der Satzung in § 5 Absatz 3 Ziffer 3 geregelt und hat als Berechnungsbasis die Anzahl der Genossenschaftsmitglieder zum Zeitpunkt der Ankündigung. Die jeweils konkret notwendige Anzahl an Unterstützer*innen wird in der Ankündigung mitgeteilt.

Ausgenommen sind Vorstandswahlen, für die die Vorschläge ausschließlich vom Aufsichtsrat kommen.

BEHANDLUNG VON ANTRÄGEN

Bringt ein Genossenschaftsmitglied eine vorhin beschriebene Anfrage oder Antrag (Abstimmungsantrag, Wahlantrag, ergänzenden Lösungsvorschlag oder zusätzlicher Wahlvorschlag) ein, so hat das einberufende Organ das festzustellen. Es hat wöchentlich mittels Aussendung alle Genossenschaftsmitglieder über die neu eingelangten Anträge zu informieren und die Kontaktdaten des oder der Antragssteller*in zu übermitteln, damit allfällige Unterstützungserklärungen an diese Person gesendet werden können. Der oder die Antragsteller*in hat dann bis spätestens 1 Woche vor Aussendung der Einladung die gesammelten Unterstützungserklärungen dem einberufenden Organ zu übergeben. Das einberufende Organ stellt dann die Anzahl der gültigen Unterstützer*innen fest.

TAGESORDNUNG

Das einberufende Organ legt die endgültige Tagesordnung fest. Diese umfasst:

- alle gesetzlich und satzungsgemäß notwendigen Punkte
- die vom Aufsichtsrat oder dem Vorstand zusätzlich eingebrachten Punkte
- die von den Mitgliedern eingebrachten und mit der erforderlichen Unterstützer*innen-Zahl versehenen Punkte
- die von den Mitgliedern eingebrachten Punkte, die nicht die erforderlichen Unterstützer*innen-Zahl haben, jedoch von Vorstand oder Aufsichtsrat unterstützt werden.

EINLADUNG

Die Einladung zur GV wird mindestens 14 Kalendertage vor der Versammlung versendet. Sie hat zu enthalten:

- Ort und Zeitpunkt der Versammlung
- die endgültige Tagesordnung
- der wesentliche Inhalt von beabsichtigten Satzungsänderungen und Änderungen von weiteren Dokumenten im Satzungsrang
- alle relevanten Fristen mit Datum
- Unterschrift(en) des einberufenden Organs in Faksimile
- die Anmeldemöglichkeit zur Teilnahme an der Versammlung
- Vollmachtformular zur Übertragung des Stimmrechts an ein anderes Genossenschaftsmitglied

2. Info & Dialog

In der Regel findet im Vorfeld der Generalversammlung eine informelle begleitende Info- & Dialogveranstaltung statt. Für eine ausreichend qualitätsvolle Meinungsbildung sind die Teilnehmer*innen eingeladen, diese zu besuchen, um zu den Tagesordnungspunkten und Beschlusstexten in themenspezifischen Gruppen in Dialog zu treten.

3. Die Generalversammlung

Gegenstand der GV sind die Tagesordnungspunkte laut endgültiger Tagesordnung gemäß der Einladung.

Check-in

Um an der GV teilnehmen zu können, muss sich jedes Genossenschaftsmitglied beim Check-in ausweisen, außer es ist persönlich bekannt. Beim Check-in wird in der Anwesenheitsliste die Anzahl der vertretenen Stimmen festgehalten und das Genossenschaftsmitglied unterschreibt die Anwesenheitsliste.

Vorsitz

Die*der Aufsichtsratsvorsitzende führt den Vorsitz in der GV, wenn nicht ein anderer Beschluss gefasst wird. Die*der Vorsitzende hat das Recht, die Redezeit einzuschränken.

Diskussions- und Abstimmungsleiter*in

Die*der Vorsitzende kann eine*n Diskussions- und Abstimmungsleiter*in für die Generalversammlung bestimmen. Nach Möglichkeit sollte dafür eine unbeteiligte Person hinzugezogen werden. Die Person hat ausschließlich die Aufgabe, die Generalversammlung zu moderieren, aber keine eigene Meinung einzubringen. Auch sie hat das Recht, die Redezeit einzuschränken.

Bei Abstimmungen leitet sie*er die Abstimmung an, von der Verlesung des Beschlussgegenstandes über Abstimmung bzw. Wahl bis das Ergebnis feststeht und von ihr*ihm verlautet wird.

Tagesordnung

Die*Der Vorsitzende führt durch die Tagesordnung und erteilt der*dem Diskussions- und Abstimmungsleiter*in das Wort, wenn eine Meinungsbildung oder Abstimmung durchzuführen ist.

Abstimmung von Beschlussgegenständen

Wie in der Satzung festgelegt, hat jedes Genossenschaftsmitglied – unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Anteile – genau eine Stimme.

Zu jedem einzelnen Abstimmungsvorschlag der Tagesordnung kann jedes Genossenschaftsmitglied seinen Stimme abgeben: zu jedem Lösungsvorschlag ihren*seinen Widerstand mittels Stimmzettel und zu jedem Wahlvorschlag ihre*seine Wahl mittels Wahlzettel. Eine Stimmenthaltung ist jederzeit zu einzelnen Lösungsvorschlägen bzw. Wahlvorschlägen möglich.

Regelungen der Stimmenausswertung bei Abstimmungsanträgen

Die einzelnen von den Genossenschaftsmitgliedern abgegebenen Widerstände zu einem Vorschlag werden summiert:

Wurde die grüne Karte gehoben, so bedeutet dies „Kein Widerstand“ und wird mit 0 gerechnet.

Wurde die gelbe Karte gehoben, so bedeutet dies „Leichter Widerstand“ und wird mit 1 gerechnet,

wurde die rote Karte gehoben, bedeutet das „Schwerer Widerstand“ und wird mit 2 gerechnet.

Leichter Widerstand bedeutet: „Ich habe Zweifel, gebe aber trotzdem meine Zustimmung zu diesem Vorschlag“. Wird keine Karte gehoben, so gilt das als Stimmenthaltung. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt und ergeben sich durch Subtraktion der abgegebenen Stimmen von den anwesenden bzw. vertretenen Stimmen. Der Gesamtwiderstand wird in Prozent auf Basis des maximal möglichen Widerstandes, also unter Berücksichtigung der Stimmenthaltungen, ausgedrückt.

Maximal möglicher Widerstand:

Für jeden Abstimmungsantrag wird pro Vorschlag die Anzahl der abgegeben Stimmen gesondert ausgewertet. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Stimmenthaltungen ergibt sich daraus der maximale mögliche Widerstand. Der maximal mögliche Widerstand wird berechnet, indem die jeweilige Anzahl der abgegebenen Stimmen mit dem größten Widerstandswert 2 multipliziert wird. Stimmenthaltungen bleiben für den größten Widerstandswert unberücksichtigt.

Beispielhafte Rechnung zur Stimmauswertung:

Angenommen es sind 107 Stimmen inklusive Stimmvertretungen per Vollmacht im Raum. Die Zählung der Karten ergibt: 71 grüne, 9 gelbe und 20 rote Karten. Somit wurden 100 Stimmen ($=71+9+20$) abgegeben. Dadurch errechnen sich 7 Enthaltungen. Die aufsummierten Widerstände ergeben in dem Beispiel somit 49 ($=71*0 + 9*1 + 20*2$) von 200 maximal möglichem Widerstand ($100*2$). Der Gesamtwiderstand errechnet sich aus $49/200*100$ und beträgt somit 24,5 %.

Alle Vorschläge werden nach aufsteigendem Gesamtwiderstand gereiht.

b. 1) Gibt es genau einen Vorschlag mit dem geringsten Gesamtwiderstand, so ist dieser mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

b. 2) Haben ein oder mehrere Vorschläge den gleichen minimalen Gesamtwiderstand erreicht wie der Status Quo, ist der Status Quo mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

b. 3) Haben mehrere Vorschläge den gleichen minimalen Gesamtwiderstand erreicht und besteht ein höherer Gesamtwiderstand gegen den Status Quo, so ist ein Losentscheid zu treffen.

Losentscheide werden von dem*der Vorsitzenden vorgenommen.

Bei Anträgen zu Grundsatzfragen ist gemäß Satzung eine Mehrheit von drei Viertel der gültig abgegebenen Stimmen erforderlich. Um dieses Erfordernis auch bei der Widerstandsmessung zu erfüllen, ist es notwendig dass mindestens 75% der gültig abgegebenen Stimmen auf „Kein Widerstand“ (grüne Karte) oder „leichter Widerstand“ (gelbe Karte) lauten, weil diese als Zustimmung gelten. Kommt kein gültiger Beschluss zustande, wird der Status Quo fortgeführt. Obige beispielhafte Rechnung wird bei Grundsatzfragen folgend fortgesetzt: Die Gesamtzustimmung beträgt 80% aus der Rechnung $(71+9)/100*100$.

Regelungen zur Stimmenausswertung bei Wahlanträgen

Zur Stimmabgabe werden die Namen der Kandidat*innen auf den jeweils vorbereiteten Wahlzettel geschrieben, entweder in die Rubrik „Person soll ins Gremium“ oder in die Rubrik „Person soll nicht ins Gremium“. Wird ein Name nirgends hingeschrieben, dann gilt das als Stimmenthaltung diese eine Person betreffend. Wird ein Name mehrfach eingetragen, so ist der Wahlzettel ungültig und wird ausgeschieden. Am Wahlzettel kann vermerkt werden, dass bei mehreren Kandidat*innen die Reihenfolge, in der die Namen angeführt sind, keine Bedeutung in der Auswertung haben soll. Ohne diese Angabe wird die Reihenfolge der Namen in der Auswertung berücksichtigt.

Die Stimmenzähler*innen sammeln die Wahlzettel ein und führen sie der Auswertung zu.

Bei der Auswertung werden die Namen inklusive der Grenze zwischen den Rubriken einer Reihungszahl von 1 – n vom erstgereihten zum letztgereihten (n-ten) Platz zugeordnet. Eine 1 bedeutet somit der geringste Widerstand, eine 2 der zweitniedrigste Widerstand bis zu n mit dem höchsten Widerstand. Dann werden für jeden Wahlvorschlag inklusive der Grenze die entsprechende Reihungszahl der gültigen Wahlzettel aufsummiert. Unter Berücksichtigung der Stimmenthaltungen wird jeweils der Prozentsatz des Gesamtwiderstandes auf eine Kommastelle genau ermittelt. Die einzelnen Kandidat*innen werden nach Gesamtwiderstand aufsteigend gereiht. Schließlich werden der Reihe nach die freien Stellen des Gremiums besetzt, solange die*der jeweilige Kandidat*in einen geringeren Gesamtwiderstand als der Gesamtwiderstand für die Grenze (in Folge Grenzwert genannt) hat.

Beispielhafte Rechnung der Stimmauswertung:

Angenommen es gibt drei Kandidat*innen A,B und C, die sich zur Wahl stellen für ein Gremium bei dem maximal zwei Positionen zu besetzen sind. Die Auswertung der 7 Wahlzettel ergibt folgendes Ergebnis:

Wahlzettel	1	2	3	4	5	6	7
Soll ins Gremium	A	A	C		B	A	
			A	A		C	
Keine Reihung			X	X			
Grenze							
Soll nicht ins Gremium	B	B			A	B	B
	C	C	B			C	C
Keine Reihung		X					

Optionen	Auswertung der 7 Wahlzettel							Berechnung Gesamtwiderstand
Person A	1	1	1,5	1	3	Un- gültig	Ent- haltung	7,5 von (5x4) = 37,5%
Person B	3	3,5	4	Ent- haltung	1	Un- gültig	2	13,5 von (5x4) = 67,5%
Person C	4	3,5	1,5	Ent- haltung	Ent- haltung	Un- gültig	3	12 von (4x4) = 75,0%
Grenze	2	2	3	Ent- haltung	2	Un- gültig	1	10 von (5x4) = 50,0% Grenzwert

Somit ist in dem Beispiel Person A ins Gremium gewählt worden, die Kandidat*innen B und C jedoch nicht, da sie einen höheren Widerstandswert hatten als der Grenzwert. Somit bleibt die zweite Position im Gremium in dieser Wahl unbesetzt.

Gleichstand in der Stimmenausswertung einer Wahl:

- a) Erreichen zwei oder mehrere Personen die gleiche Akzeptanz und stehen diesen insgesamt weniger Plätze zur Besetzung gegenüber, wird die Entscheidung so getroffen, dass die Geschlechterparität gewahrt wird. D.h., je nachdem, ob bereits mehr Männer oder mehr Frauen im Gremium vertreten sind, wird als nächstes eine Frau oder ein Mann ausgewählt.
- b) Verbleiben gleichgereichte Personen gleichen Geschlechts, entscheidet das Los.
- c) Erreichen eine oder mehr Wahlvorschläge denselben Gesamtwiderstand wie der Grenzwert, dann wird die Stelle nicht besetzt bzw. bei einer Abwahl diese Person nicht abgewählt.

Losentscheide werden von dem*der Vorsitzenden vorgenommen.

Zusätzliche Erfordernisse zum Abschluss einer Wahl:

Alle gewählten Personen sind unverzüglich nach Feststehen des Wahlergebnisses zu fragen, ob sie die Wahl annehmen. Wird die Wahl nicht angenommen rückt die nächstgereichte Person nach, soweit nicht der Grenzwert zum Tragen kommt. Das heißt, jemand mit einem höheren Gesamtwiderstand als der Grenzwert gilt als nicht ins Gremium gewählt und kann auch bei Nichtannahme der Wahl von vor ihm*ihr gereichten Personen nicht nachrücken.

Protokoll

Schriftführer*in und Protokollbeglaubiger*innen sind von der/dem Vorsitzenden für die GV zu bestimmen bzw. beizuziehen. Im Protokoll werden die Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen sowie etwaige Losentscheide zusammengefasst.

Das Protokoll ist innerhalb von vierzehn Tagen nach der GV zu erstellen und binnen weiterer vierzehn Tage von der/dem Vorsitzenden, der/dem Schriftführer*in und den Protokollbeglaubiger*innen sowie von den Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen und an alle Genossenschafter*innen per E-Mail zu versenden. Das Original wird im Protokollbuch abgelegt.

Weiters liegt das Protokoll auf der Online-Plattform und im Geschäftslokal am Sitz der Genossenschaft zur Einsicht für alle Genossenschaftsmitglieder auf.

4. Antrag auf die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung

Jedes Genossenschaftsmitglied hat das Recht, jederzeit einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu stellen. Dieser muss mindestens einen begründeten Abstimmungs- oder Wahlvorschlag enthalten. Die Begründung muss darlegen, warum diese Angelegenheit in die Zuständigkeit der Generalversammlung fällt. Der Antrag ist schriftlich beim Vorstand einzubringen.

Der Vorstand ist verpflichtet, alle Genossenschaftsmitglieder binnen sieben Kalendertagen nach Einlangen über einen derartigen Antrag zu informieren und die Kontaktdaten des*der Antragsteller*in zur Verfügung stellen, damit die Unterstützungserklärungen für diesen Antrag an diese Person gesendet werden können.

Der Vorstand stellt die zu einem Antrag vorgelegten Unterstützungserklärungen fest. Wenn diese die satzungsgemäß notwendige Anzahl erfüllt, so hat der Vorstand ab diesem Zeitpunkt binnen einer Frist von zwei Monaten eine Generalversammlung einzuberufen und zugleich zumindest den Antragsvorschlag in die Tagesordnung aufzunehmen. Findet innerhalb dieser zwei Monate eine andere GV statt, so ist diese um die beantragte Tagesordnung zu ergänzen und in einem abzuhalten.

Beruft der Vorstand nicht binnen dieser Frist die Generalversammlung ein, hat der Aufsichtsrat das Recht und die Pflicht, die Generalversammlung binnen zweier Monate einzuberufen, sofern der als Begründung angeführte Zweck tatsächlich in die Zuständigkeit der Generalversammlung fällt.

TEIL II

Online-Generalversammlung

Wenn das Tool zur Online-Generalversammlung für den Betrieb bereit ist, wird diese Geschäftsordnung um einen zweiten Teil – der Online-Generalversammlung erweitert. Diese Erweiterung ist von der Generalversammlung zu beschließen und danach stellt die Durchführung der Generalversammlung über die online Partizipationsplattform die bevorzugte Variante dar, um unserer Grundhaltung einer partizipativen Genossenschaft noch stärker zum Ausdruck zu bringen.